Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3997

06. 03. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) –

Agrarbericht 1996
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

I. Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen im Jahr 1995 in Landwirtschaft und Gartenbau macht politisches Handeln der Bundesregierung zwingend notwendig.

Die Arbeitsplatzverluste im ländlichen Raum und in der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Produktion sind dramatisch angestiegen. Im April 1995 arbeiteten noch rd. 1,39 Millionen Voll- und Teilzeitkräfte in Landwirtschaft und Gartenbau. Das sind im Vergleich zum Vorjahresmonat rd. 104 000 Menschen oder 7 % weniger. In diese Zahlen sind die Entlassungen und der Arbeitsplatzabbau in den vor- und nachgelagerten Bereichen noch nicht einbezogen.

Durch die auf Billig-Massenproduktion, mangelhaften Ausgleich und fehlgeleitete Subventionierung ausgerichtete Politik der EU-Kommission und Bundesregierung verloren in Deutschland in den letzten sechs Jahren über 800 000 Menschen ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft. Die Zahl der Betriebe nahm gegenüber 1994 um 4,3 % auf 553 000 Betriebe 1995 mit einer deutlichen Beschleunigung der Abnahmerate im vergangenen Jahr ab.

Entgegen allen politischen Erklärungen der Bundesregierung haben sich die Einkommensverhältnisse und Wettbewerbschancen der nach dem „Schrumpfungsprozess" verbleibenden Betriebe nicht verbessert. Seit rd. sieben Jahren hat der durch-

schnittliche Unternehmensgewinn nicht zu-, sondern abgenommen. 1995 betrug der durchschnittliche Unternehmensgewinn 46 200 DM, das sind gerade noch 3 850 DM pro Monat/Betrieb. Damit blieben die Gewinne unter dem Niveau von 1988/1989 und nehmen den Betrieben die Chance, die notwendigen Investitionen zu tätigen und Rücklagen zu bilden. Eine ordnungsgemäße Betriebsführung ist mittelfristig für die meisten Betriebe unter den jetzigen Bedingungen nicht gewährleistet. Das Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte liegt – bei extrem hoher Arbeitszeit – mehr als 40 % unter dem gewerblichen Vergleichslohn.

Die ökologische Bedeutung von umweltgerechter Land- und Forstwirtschaft und regionaler Versorgung mit gesunden Lebensmitteln wird von der Bundesregierung weitestgehend ignoriert. Diese leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der an die Kulturlandschaften gebundenen zahlreichen Pflanzen und Tiere, zum Erhalt der Landschaftsbilder und Erholungsgebiete, der Wälder und der Qualität von Wasser und Luft. Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Abkehr von Massentierhaltung und Intensiv-Produktion und auf die klimaschädigenden Auswirkungen der innereuropäischen und weltweiten Transportaufkommen im Bereich der Nahrungsmittel-Rohstoffe hin.

Dennoch spricht die Bundesregierung von einer „wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung" im Wirtschaftsjahr 1994/1995 und einer „Wachstumspause" in der zweiten Jahreshälfte.

Das Handlungsdefizit und die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber dem Zusammenbruch des Arbeitsmarktes im ländlichen Raum kommen einer agrar- und wirtschaftspolitischen Kapitulationserklärung gleich.

Ebenso wie Massenentlassungen und Unternehmenszusammenbrüche in Industrie und Handel erfordert die Situation in Land- und Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau weitaus größere politische Aufmerksamkeit und endlich effektive Zukunftskonzepte. Durch die standortgefährdende Politik der Bundesregierung droht der Konkurs ganzer Wirtschaftszweige im ländlichen Raum. Für diese Arbeitsplatzverluste, die nicht nur in der direkten Produktion, sondern ebenso in den vor- und nachgelagerten Bereichen, wie Reparaturwerkstätten, Landmaschinenbau, Landhandel, Molkereien, Zulieferung und Gastronomie/Fremdenverkehr, angesiedelt sind, gibt es auch in Ballungsgebieten keine Alternativen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft zeigt gleichzeitig, wie unverantwortlich die Zerstörung der Agrarwirtschaft in Europa und Deutschland ist. Die Landwirtschaft ist angesichts wachsender Weltbevölkerung und abnehmender Agrarfläche bei gleichzeitiger Über-Nutzung in den Ländern des Südens aus Gründen der sozialen Stabilität und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der damit verbundenen Ernährungssicherheit zu erhalten.

Der Erhalt der Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Forsten, Wein- und Gartenbau ist daher unverzichtbar und muß einen höheren Stellenwert erhalten. Statt Arbeitslosigkeit auf dem Lande über die Kassen der Sozialversicherungen zu finanzieren, muß die Arbeit im gesamten Agrarbereich aufgewertet und an den Anforderungen einer modernen Gesellschaft orientiert werden. Eine agrarpolitische Neuorientierung ist dazu notwendig. Hierzu kann eine ökologisch orientierte Landwirtschaft einen entscheidenden Beitrag leisten, da sie neue Arbeitsplätze schaffen kann. Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren in der Landwirtschaft führt zu ökologischen Schäden und negativen Auswirkungen auf den Agrar-Arbeitsmarkt. Das Konfliktfeld Landwirtschaft und Umweltschutz kann durch die flächendeckende Einführung einer umweltverträglichen Landwirtschaft beseitigt werden.

Schätzungen gehen davon aus, daß dann der Bedarf an vollbeschäftigten Arbeitskräften um 10 %, der an Saisonarbeitskräften um 250 % steigt. Eine flächendeckende Umstellung auf ökologische Landwirtschaft würde demnach 100 000 bis 150 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Mit einer Kopplung der Transferzahlungen an ökologische Auflagen und an den Faktor Arbeit können spürbare umwelt- und beschäftigungswirksame Effekte erreicht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie der nachgelagerten Bereiche ein „Bündnis für Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum" zu unterstützen und dahin gehende Initiativen zu ergreifen;

2. Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um dem weiteren Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft wirksam zu begegnen;

3. die bestehenden Förderprogramme mit Transferleistungen auf ökologische Leistungen und in diesem Zusammenhang stehende arbeitsplatzerhaltende und beschäftigungswirksame Effekte auszurichten.

Bonn, den 6. März 1996

Ulrike Höfken
Steffi Lemke
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333